

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
 Drucker und Verleger: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
 vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Beträge über deren Raum im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Kleinanzeigen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Sonnabend, 13. Januar 1894.

Annahme von Inseraten Kohlenmarkt 10 und Kirchplatz 2.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
 Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler
 G. L. Dörbe, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max
 Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies
 Halle a. S. Jul. Barch & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A.
 Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
 furt a. M. Heine, Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

E. L. Berlin, 12. Januar.

Deutscher Reichstag.

26. Sitzung vom 12. Januar.

Präsident v. Böttcher eröffnet die Sitzung

um 1 Uhr.

Das Nebeneinkommen der internationalen
 Sanitätskonferenz zu Dresden wird in dritter
 Lesung angenommen und alsdann die erste Be-
 ratung der Tabaksteuervorlage fortgesetzt.

Badischer Bevollmächtigter v. Sagemann

glaubt, den Gesamteindruck, den er bisher ge-
 wonnen, erfreulichsweise dahin zusammenfassen zu
 können, daß er in Baden einen reinen Negation
 gegen die Vorlage bisher nirgends begegnet sei,
 daß vielmehr überall zugegeben werde, es seien aus
 dem Tabak erhebliche Reichseinkünfte zu beschaffen.

Das Verdienst nehmen die Regierungen ebenfalls

sich in Anspruch, bestrebt gewesen zu sein, die
 mit der Vorlage verbundenen Veränderungen des
 Tabaksteuersystems so wenig als möglich bemer-
 klich zu machen. Die Erhebung der Gewichtssteuer
 durch die Werthsteuer ist auf jeden Fall ein all-
 ausgleichender Gerechtigkeit. Auch enthält die Vor-
 lage weitgehende Bestimmungen bezuglich Begünstigung
 der Kleinindustrie. Die gestern geltend gemachten
 politischen Bedenken, hinsichtlich der Wahlen, kann
 ich nicht theilen. Vielmehr kann ich mir von dem,
 was über den politischen Kampf um die Deckungs-
 frage gestern Herr v. Stumm sagte, vieles annehmen.

Darauf, ob nicht die direkten Steuern zur Deckung
 der Erfordernisse im Reich heranzuziehen seien,
 will ich nicht eingehen. Nur das Eine will ich
 fragen: von welchen Steuerkategorien sollen denn
 dann die Einzelstaaten existieren? Doch damit
 genug von den politischen Bedenken. Der Konsum-
 zoll würde ja allerdings etwas etwas Schlim-
 mes sein, aber man hat ihn nicht nachgewiesen.
 Für die Pflanzern sind aus der bisherigen Ge-
 wichtsteuer schwere Nachteile entstanden. Diese
 betrifft die Vorlage mit ihrer Werthsteuer. Ge-
 rade bringt sie eine verstärkte Wahrung der in-
 ländischen Interessen gegenüber den ausländischen.
 Auch bessere Preise darf der inländische Tabak er-
 warten. Und das ist eine ökonomische Notwendig-
 keit. In den letzten Jahren hat der Konsum
 von inländischem Rohmaterial ab- und der von aus-
 ländischem zugenommen. Jetzt beträgt der Kon-
 sum insgesamt 740 000 Doppelcentner im Jahre,
 davon 480 000 ausländischen, 260 000 Doppel-
 centner inländischen. Ist das ein richtiges Ver-
 hältnis? Es würde sich fragen, ob nicht der Zoll
 auf ausländischen noch erhöht werden könnte, denn
 es kommt dazu, daß auch wieder im laufenden
 Jahre der Import von ausländischem Tabak in
 großen Proportionen anwächst. Dabei trägt der
 inländische Tabakbau in Bezug auf Witterung,
 Verta f. c. ein weit größeres Risiko, als der aus-
 ländische. Es liegen mir Nachrichten aus
 Baden, von der tabakbauenden Landwirtschaft
 daselbst vor, welche einen erhöhten Zollschuß
 als unbedingte Notwendigkeit bezeichnen. Es ist
 dieser Standpunkt sowohl im Einzelnen wie in
 Versammlungen zu Tage getreten. Ganz abge-
 sehen von dem Finanzreklamations wegen seines
 Ueberhangs von der Gewichtsteuer, welche den
 Tabakbau schädigt und der Industrie nichts nützt,
 zu der Werthsteuer. Durch die Reichsfinanz-
 reform würde aber auch die Finanzlage der Ein-
 zelstaaten gewinnen. Auch in diesem Sinne
 empfehle ich die Vorlage Ihrer wohlwollenden Er-
 wägung.

Abg. Frese (freis. Vereinig.): Ich kann in

dieser Vorlage das Ideal nicht finden, welches der

Herr Vorredner und gestern Herr Graf v. Bodo-

witsch darin erblickt hat. Letzterer sagte gestern,

wenn die Vorlage abgelehnt wird, so würde die

Tabakindustrie doch keine Vernichtung finden.

Und dabei beschwert sich der Herr Schatzsekretär

über die Agitation, welche die Tabakindustrie gegen

die Steuerprojekte betreibt! Graf v. Bodo-

witsch, daß die Tabakindustrie bei uns

160 000 Arbeiter beschäftigt, und wie dabei auf

die Monopolländer hin. Er überläßt dabei, daß

die Zigarettenfabrikation viel mehr Arbeiter bringt,

als die Fabrikation von Rauchtabak. Der größte

Rauchtabakfabrikant Deutschlands verarbeitet

im Jahre 36 000 Zentner Rohmaterial und braucht dazu

200 Arbeiter. Der größte Zigarettenfabrikant

Deutschlands verarbeitet zu gleicher Zeit aus 600

36 000 Zentner und braucht dazu an 5000 Arbeit-

er! (Hört! Hört!) Herr v. Stumm hat sich

offen als Monopolschwärmer bekannt und auch

als Freund dieser Fabrikationssteuer. Ich möchte

wohl wissen, ob Herr v. Stumm auch Freund

von Fabrikationssteuern in anderen Industrien ist.

Herr v. Stumm meint und rät den Arbeitern,

täglich 1 Zigarre weniger zu rauchen. Was

würde Herr v. Stumm wohl sagen, wenn ein

Arbeiter ihm rathen wollte, täglich 1/2 Rha-

wein weniger zu trinken. (Heiterkeit.) Herr von

Stumm hat sich mit seinen Ausführungen auch

wohl nur als Freund der Landwirtschaft zeigen

wollen, die ihm wegen seiner Zustimmung zum

rumanischen Handelsvertrage noch etwas grüß-

te. Mit den Monopolländern läßt sich unsere In-

dustrie gar nicht vergleichen, denn sie hat sich auf

dem Boden der freien Konkurrenz ganz intensi-

entwickelt. Und wenn Sie auf die höheren Ein-

nahmen in den Monopolländern hinweisen, so ver-

lassen Sie die Einkommensteuer aus unserer

Tabakindustrie und den Nebenvermögen. Neuer-

erinnert daran, wie die Industrie im Sommer

durch den ersten, den Vandalensteuer-

Entwurf beunruhigt worden sei, nachdem die Re-

gierung derselben noch im Mai versprochen, sie in

Ruhe zu lassen. Wenn man jetzt dem inländischen

Tabakbau erhöhten Schutz zu Theil werden

lassen will, so läßt sich man dadurch nur

den Kaubau. Es werden dann wieder — wie

das schon einmal gewesen — Tabake ge-

baut werden, denen die Brennbarkeit fehlt,

die werden dann unverkäuflich sein, man wird

sie ins Ausland werfen und die Preise sinken,

und dann — wird der Tabakbau von Neuem

Klagen, von Neuem erhöhten Schutz fordern

und das Spiel beginnt dann von Neuem. Der

Herr Schatzsekretär rühmte die Vorzüge der

Werthsteuer. Diese prozentuale Steuer trifft

aber auch die Rohne, und zu Ungunsten nament-

lich Norddeutschlands, denn von den 61 Millionen

Röhen entfallen allein 57 auf die Zigarettenfabri-

kation! Die Regierung lenkt fern von der Kon-

sumtion seit 1879. Aber dieser ist in Höhe

von 19 1/2 Prozent Tabaksteuern. Und die Folge

dieses Gesetzes wird sich ein Konsumrückgang

sein, zumal da sich die Qualität verschlechtert

wird. Aus einem erlaubten Genussmittel wird

dann ein unerlaubtes Verdrängungsmittel werden.

(Heiterkeit.) Der entlassene Arbeiter wird die im

Lohne Gebiessenen unterbieten. (Sehr richtig!)

Bremen droht der Verlust seiner Weltmarkts-

stellung, wenn der Konsum an Tabak derartig

zurückgeht. Graf v. Bodo-

witsch, der die Agitation gegen diese Steuer gebrandmarkt habe. In

dieser Eine spielte vor dem Herrn Schatzsekretär

wohl nur die Rolle des heiligen Florian. (Heiterkeit.)

Und wenn dieser Eine Recht hätte, woher käme denn dann die heilige

Agitation, über welche sich der Herr Schatz-

sekretär so sehr beklagt! Und soll denn, wer seine

Existenz bedroht sieht, seinem Herzen nicht Luft

machen dürfen? Zu alledem kommt dann noch

die lästige Kontrollsysteme. Schon die Enquete

von 1879 zählte 18 000 Haupt-Tabakvertriebs-

Geschäfte und 360 000 Betriebe mit Tabakverkauf

im Nebengeschäft. Wie soll da die Kette der

Kontrollbestimmungen geschlossen bleiben? Wegen

des außerordentlich großen Konsumrückgangs

also, wegen der Entlassung von etwa 30 000

Arbeitern mit etwa 20 Millionen Lohne muß ich

aus gewerblichen und sozialen Gründen zu einer

Verwerfung der Vorlage kommen, und ich möchte

die Regierung bitten, daß sie die Vorlage einfach

zurückziehe. (Beifall.)

Bundeskommission. Unterstaatssekretär Schröder:

Die Zahl der Tabakpflanzern ist in den letzten 6

Jahren um ca. 100 000 zurückgegangen. (Hört,

hört!) Man darf hier also nicht einseitig, wie der

Vorredner es gethan, die Interessen der Industrie

betonen. Ob die Kontrollen der Pflanzern wirk-

lich so lästig sind, wie behauptet wird, das kann

man bezweifeln. Wenn man den Wunsch aus-

spricht, die Regierung möge doch endlich den

Tabak in Ruhe lassen, so ist das ein Wunsch, der

auf die Interessen der Landwirtschaft gar keine

Rücksicht nimmt. (Zwischenruf: Der reine Agitation!

Heiterkeit.) Es ist der Nachweis erbracht, daß

trotz aller Steigerung der Zölle der Konsum

größer geworden ist und diese Zunahme des

Konsums ist nun höher anzuschlagen, als nach-

weislich der Konsum von Pfeifentabak abge-

nommen hat zu Gunsten des Zigarettenkonsums.

Es ist auch unzutreffend, anzunehmen, daß der

Konsum einseitig die ganze Steuer allein wid-

tragen müssen; es ist ganz richtig schon gestern

angeführt worden, daß bei der Sortierung der

Tabake sich bequem neue und billigere Sorten

von Fabrikanten herstellen lassen, an welche sich

der Raucher gewöhnt. Hierbei bleibt zu berück-

sichtigen, daß der Pfeifentabak heute um 3 Mark

höher besteuert wird als der Zigaretten-Tabak, was

wohl auch zum Rückgang des Pfeifentabaks be-

tragen mag. Unter der kolossalen Steigerung der

Einkünfte ausländischer Tabaks konnte der ein-

heimische Tabakbau gar nicht prosperieren.

Man sollte auch nicht vergessen, daß bei der

70er Erhöhung des Zolles ein großer Theil desselben

von dem Auslande übernommen werden mußte.

Von den Tabakarbeitern sind 5 bis 8 Prozent

jüngliche Arbeiter, die nur vorübergehend be-

schäftigt zu werden pflegen und die, wenn eine

Verzögerung der Arbeit vorübergehend eintritt,

zunächst entlassen würden, aber auch sich leicht

anderen Beschäftigungen zuwenden könnten. Auch

für kleinere Betriebe ist ein umfangreicher Kredit

für die Steuerentrichtung gewährt, so daß der

Druck durch die höhere Steuer möglichst wenig

schädlich wird. Ueber die Kontrolle kann man

Näheres in der Kommission berathen; die Kon-

trollbestimmungen sind für die Regierungen nicht

unangenehm, namentlich werden sich Einrich-

tungen treffen lassen, um die von dem Herrn

Frese gewünshten Verkäufe mit Probe und nach

Muster nicht zu hindern. Die Kontrolle der

Fakturen und der Bücher ist nöthig bei einer

Werthsteuer, allein es ist schon gestern angeführt,

daß die wichtigsten Bücher, Geheimbücher u. dgl.

nicht eingesehen werden sollen. Die Kontrollen

der Kleinbändler werden nicht lästig sein, denn

auch diese Leute führen ihre Bücher und be-

wahren ihre Rechnungen auf. Man warnt vor

einem Ueberhang der Tabaksteuer; allein das

hat man auch schon bei den früheren Tabaksteu-

erhöhungen gethan; in Wirklichkeit aber ist stets

eine Preissteigerung eingetreten, das wird auch

voranschaulich jetzt geschähen, deshalb prüfen Sie

die Vorlage genauer in der Kommission und Sie

werden finden, daß die vorgeschlagene Form der

Besteuerung die unter den obwaltenden Umständen

beste ist.

Abg. Gieseler (kons.): Den Tabak halte

auch ich für ein geeignetes Objekt zur Höher-

besteuerung, allein die vorgeschlagene Form scheint

nicht die geeignete und nicht empfehlenswerthe.

Der Tabakbauer hilft die Werthsteuer garnicht,

er braucht Schutz gegen die ausländische Kontur-

renz. (Sehr richtig!) Die Agitation der Tabaks-

interessenten ist nicht zu billigen (Auf: Bund der

Kandwirtschaft.) Ja, meine Herren, der Bund der

Kandwirtschaft ist doch gegen diese Agitation nur ein

schwacher, sanfter Widerstand (große Heiterkeit!).

Er will sich nicht das Zell über die Ohren ziehen

lassen. Die Tabaks-Interessenten haben einen ganz

verwerflichen Terrorismus geübt. (Auf: Namen

nennen!) Ich werde mich bilden, durch Nennung

von Namen mich den begünstigten Verur-

theilungen anschließen. Eine Menge kleiner

Existenzen würden durch die Vorlage umirt werden.

Die Arbeiter-Entlassungen würden in die

Rechnungskunde gehen und diese schwächlichen Ar-

beiter würden keine andere Beschäftigung finden.

Trotz dieser Bedenken bin ich und eine große Zahl

meiner konservativen Freunde der Meinung, daß

der Tabak ein besonders geeignetes Objekt ist, das

sich wie kein anderes für eine Höherbesteuerung

eignet. Gewiß läßt sich vielleicht Manches für

eine Zugabe sagen. Jedes Steuerprojekt steht

sich aus der Entfernung sehr schön an (Heiterkeit),

aber bei näherer Prüfung finden sich die Bedenken.

Man kann ja auch die Tabaksteuer für eine

Zugabe halten. Jedenfalls ist in Deutsch-

land der Tabak viel weniger bestraft, als dies

in anderen Staaten der Fall ist. Es ist eine

schreiende finanzpolitische Anomalie, daß bei uns

der Tabak so gering bestraft ist; sobald der

Tabak stärker herangezogen werden soll, erhebt sich

ein Kärm der Interessenten, als ob die ganze

Industrie zu Grunde ginge. (Auf: Wie bei den

Bauern!) Man spricht gern von der Peise des

armen Mannes, aber von dem Brandwein des

armen Mannes spricht Niemand. Die Annahme

daß eine Konsumrückgang die Folge der Steuer-

erhöhung sein würde, ist durch die gemachten

Erfahrungen widerlegt. In der Kommission

wird aus einem ersten Zusammenarbeiten der

Regierungs-Vertreter mit uns es möglich sein,

einen Modus zu finden, der eine zu starke Be-

lastung der schwächlichen Schultern vermeidet.

Abg. Weiser (Soz.): Das Volk hat die

Militärvorlage abgelehnt und Herr Wassermann

hatte recht, wenn das Volk diese Vorlage gefan-

nte hätte, es würden noch weniger Freunde der

Militär-Vorlage ins Haus gekommen sein. Man

sagt wohl, der Tabak soll mehr bluten, aber man

fragt nie, wer denn eigentlich bluten soll. Bis-

her haben noch nie die großen Händler und

sehe Witterung aus Profita, die Weisheit geleistet haben, sind glücklich.

Hier ist in diesem Jahre bereits der dritte Fall asiatischer Cholera (der zweite mit tödlichem Ausgang) vorgekommen. Ein Fleischergehilfe ist dieser Seuche zum Opfer gefallen.

Kiel, 10. Januar. An unserem prinzipiellen Hofe findet heute Abend eine große Ballgesellschaft statt, an der auch die seit gestern an dem königlichen Hofe als Gäste weilenden japanischen Prinzen Komatsu und Komatsuhime teilnehmen werden. Gestern hatten Prinz und Prinzessin die Fremden Gäste ins Stadthaus begleitet, das eine neuen Blüthezeit entgegen zu gehen scheint, nachdem der Kaiser vor einigen Wochen einer Vorstellung von Anfang bis zu Ende beigewohnt hat. Die sogenannte gute Gesellschaft hatte sich in den letzten Jahren fast ganz von dem Theater zurückgezogen, obgleich es auf dem Gebiete des Lustspiels betriebsam und leistungsfähig war, die Neugier mit anerkennenswerthen Beschleunigung bringt. Das Theatergebäude genügt selbst primitiven Ansprüchen nicht mehr; es ist vor 50 Jahren für eine Stadt von 120,000 Einwohnern gebaut und jetzt hat sich diese Zahl, wenn die Nachbarnorte am Kieler Hafen mitgezählt werden, bald verdreifacht. Die jetzigen Theaterzustände sind so unzulänglich, daß ihre Verbesserung nicht mehr lange hinausgeschoben werden kann. Kiel hat ein außerordentlich dankbares Theaterpublikum; wenn es gelingen sollte, in einem angemeßenen Maße ein wirkliches Kunstinstitut zu schaffen, so würde auch der materielle Erfolg nicht ausbleiben. Wenn die höchsten Kreise dem Theater ihre Teilnahme zuwenden, so darf auch die Hoffnung gesetzt werden, daß eine Reform dadurch beschleunigt werden würde. Der Staat hat für Zwecke der Kunst in Schleswig-Holstein bisher außerordentlich wenig gethan und mehr als irgend eine andere Stadt verdient Kiel wohl Berücksichtigung. Abgesehen von den zahlreichen Reichsbeamten, die sich hier befinden, sollte schon die Rücksicht auf die Marine die Schaffung und Pflege eines wirklich guten Theaters gebieten.

Kiel, 11. Januar. Die erste Indienststellung des zum Kommando der Marinestation der Ostsee gehörenden Flottenmaterials in diesem Jahre wird die des „Vlies“ in Kiel sein. Das Schiff wird am 16. d. M. mit der Flaggenparade in Dienst gestellt werden, um während der Frühjahrsmonate hindurch als Maschinen- und Deckschiff zu dienen. Die nächsten Wochen wird der „Vlies“ der Eisverhältnisse halber in der Kieler Werft bleiben, um die ersten Vorarbeiten abzuhängen und bei offenem Wasser zu kleineren Reparaturen zur Vervollständigung des eingezeichneten Maschinenpersonals in See gehen. Ueber die spätere Verwendung des Schiffes für die Sommermonate verläuft zur Zeit noch nichts.

Kiel, 11. Januar. Der japanische Prinz Komatsu folgte gestern in Begleitung seines Adjutanten, Kapitäns Nagasaki, einer Einladung Er. Majestät des Königs Heinrich zum Diner am Panzer „Sachsen“. Hierauf besichtigten die hohen Herrschaften die kaiserliche Werft und die Kaiserwerft „Hohenzollern“. Heute Morgen begab sich Prinz Komatsu mit seiner Begleitung nach Berlin zurück. Prinz Heinrich geleitete den japanischen Thronfolger zur Bahn.

Bonn, 12. Januar. Der Gründer der deutschen Seewarte, Wilhelm von Freeden, ehemaliges Mitglied des deutschen Reichstages, ist gestern gestorben.

Fulda, 12. Januar. Der Bischof Weiland ist gestern Abend 10 Uhr gestorben.

Köln, 12. Januar. Wie die „Köln. Ztg.“ aus Petersburg meldet, entbehrt das Gerücht von dem bevorstehenden Rücktritt des Generalgouverneurs von Simland, Grafen Heyden, als dessen Nachfolger Großfürst Sergius und der Minister Graf Woronzow-Dasskoff genannt wurden, der Begründung.

Leipzig, 12. Januar. Das Reichsgericht hat heute die Revision des Urtheils im Reimert, welcher in dem bekannten Geheimbündelprozeß vom Landgericht Berlin am 27. September 1893 zu vier Monaten Gefängniß verurtheilt worden war, verworfen.

München, 12. Januar. Der Ausschuss der Abgeordnetenversammlung, die die Wiederherstellung der staatlichen Brandversicherungskammer aufzuheben, und setzte die Entscheidung auf den Aufnahmewerth des Viehbestandes zuzüglich eines zehnprozentigen Zuschlages fest.

Strasburg, 11. Januar. Der kaiserliche Statthalter und die Fürstin von Hohenzollern vereinigen gestern die Gesellschaft Strasburgs zu einem großen Ball um sich. Ueber 800 Personen füllten die schönen Säle des Statthalterpalastes. Unter den Anwesenden befanden sich auch der Fürst und die Fürstin von Hohenzollern-Waldenburg, welche hier gegenwärtig zu Besuch weilen. Ferner waren erschienen die gesamte Generalität mit dem kommandirenden General v. Blume und dem Gouverneur General v. Bergmann an der Spitze, die Mitglieder der höheren Behörden und die ganze vornehme Welt von Strasburg. Das Orchester war sehr zahlreich vertreten. Das Souper ward in den oberen Sälen an kleinen Tischen servirt. Die Säle des Hauses, der Reichstagsabgeordnete Prinz Alexander sowie der Prinz Moritz waren unermüdet, sich um das Wohlbehagen der Gäste zu bemühen, und die junge Gemahlin des Prinzen Moritz, geborene Prinzessin von Salm-Reifferscheidt, eine reizende und graziöse Erscheinung, stand der fürstlichen

Schwiegermutter getreulich zur Seite in der Erfüllung der Pflichten als Repräsentantin Er. gegen 4 Uhr Morgens endete das wohlgeordnete Fest.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 12. Januar. In der gestrigen Versammlung der Gesellschaft österreichischer Volkswirthe plaidirte der preussische Abg. Wendt für den Bimetallismus. Der österreichische Abg. Euseb secundirte ihm und behauptete, daß die Goldwährung auf die Dauer nicht Bestand haben könne. Der preussische Konfessionar Dr. Rudolf Mayer trat gleichfalls in die Debatte ein und erklärte, in Oesterreich sei die Goldwährung künstlich geschaffen und könne daher nicht gelingen. Von sachmännischer Seite wurde Wendt daran erinnert, daß er im Jahre 1890 das Steigen des Silbers vorhergesagt und Oesterreich rich, seine Münzstätten sofort dem Silber wieder zu eröffnen.

Wien, 12. Januar. Die gestern in der Reichsanstalt stattgefundene Konferenz, der Markgraf Pallavicini und der Direktor Kerschel bewohnten, galt der Abrechnung der ungarischen Konversionsgeschäfte. Die Fortsetzung der Valutaberechnung war nicht Gegenstand der Verhandlung.

Wien, 12. Januar. Wie die Morgenblätter melden, richtete der Abgeordnete Helly gestern eine telegraphische Anfrage nach Turin wegen des Bekleidungs-Konsums und erhielt von dem Vize-Bajo ein Abends 5 1/2 Uhr aufgegebenes Telegramm, nach welchem das Bekleidungs-Konsums sich gebessert hat.

Schweiz. Ein Theil der in Genf mündenden Eisenbahnen ist in französischen Händen und wird von der Eisenbahngesellschaft Paris-Von-Mediterranée betrieben. Das hat bereits zu vielen Unzufriedenheiten geführt. In aller Erinnerung ist wohl noch der Entlassungssturm, der die ganze Schweiz durchwehte, als im vorigen Frühjahr eines Tages auf dem Genfer Bahnhofsgebäude die französische Flagge wehte. Um Wiederholungen derartiger flagranten Verletzungen der Würde der Schweizer Eigengesellschaft in Zukunft unmöglich zu machen, hat sich nun der Kanton Genf zu anderweitigen Maßnahmen genöthigt gesehen. Aus Bern liegt hierüber folgende Meldung vor:

„Der Kanton Genf hat den Genfer Bahnhof gekauft, da es gefährlich erschien, den Bahnhof weiterhin im Eigentum der von der französischen Regierung geleiteten Paris-Mittelmeerbahngesellschaft zu belassen. Nun strebt sich die französische Regierung, den Kauf zu genehmigen, so daß die Schweiz nach den Umständen genöthigt werden dürfte, den Bahnhof zu expropriiren.“

Das geringe Entgelt, welches die französische Regierung dem berechtigten Wünsche der Schweiz gegenüber an den Tag legt, dürfte den in letzter Zeit schon recht wach gewordenen Sympathien der Schweizer für die große Nachbarrepublik einen neuen empfindlichen Stoß versetzen.

Belgien. Brüssel, 12. Januar. Der König erklärte dem Minister des Innern, er beabsichtige das königliche Kunstmuseum dem belgischen Staat als National-Museum zu schenken.

Frankreich. Paris, 8. Januar. Die Meldung, nach der fortan auch die hohen Beamten aus dem Salon de la Paix im Palais Bourbon (der Deputirtenkammer) ausgehollt werden sollten, war nicht richtig. Nach einer Bekanntmachung werden gleich den jetzigen Senatoren und Abgeordneten auch die ehemaligen Abgeordneten, die Präsidenten, Deputirten der Gerichte, Generalprokuratoren, der Vorsitzende des Generalrats des Seine-Departements und derjenige des Pariser Gemeinderaths nach wie vor zugelassen. Für die Journalisten lauten die Vorschriften strenger als bisher, weil jeder einzelne sich als parlamentarischer Berichterstatter auszuweisen hat, während es früher, wenigstens für die Pariser, genügte, sich als Mitarbeiter eines Blattes zu legitimiren. Unter den Gesekenen waren, die gestern zur Vertheilung gelangten, befindet sich einer, der auf die fremden Arbeiter in Frankreich Bezug hat. Die Urheber desselben, Vincard, Gauthier (de Clagny) u. A., verlangen, daß 1. der in Frankreich arbeitende Ausländer angehalten werde, die Militärdienste zu entrichten, welche den des Militärdienstes entbehrenden Franzosen auferlegt ist; 2. daß die Personen, welche Ausländer beschäftigen, eine Abgabe von 5 Prozent des Tagelohns, den diese erhalten, zu bezahlen haben.

Wien, 12. Januar. Die Meldung, nach der fortan auch die hohen Beamten aus dem Salon de la Paix im Palais Bourbon (der Deputirtenkammer) ausgehollt werden sollten, war nicht richtig. Nach einer Bekanntmachung werden gleich den jetzigen Senatoren und Abgeordneten auch die ehemaligen Abgeordneten, die Präsidenten, Deputirten der Gerichte, Generalprokuratoren, der Vorsitzende des Generalrats des Seine-Departements und derjenige des Pariser Gemeinderaths nach wie vor zugelassen. Für die Journalisten lauten die Vorschriften strenger als bisher, weil jeder einzelne sich als parlamentarischer Berichterstatter auszuweisen hat, während es früher, wenigstens für die Pariser, genügte, sich als Mitarbeiter eines Blattes zu legitimiren. Unter den Gesekenen waren, die gestern zur Vertheilung gelangten, befindet sich einer, der auf die fremden Arbeiter in Frankreich Bezug hat. Die Urheber desselben, Vincard, Gauthier (de Clagny) u. A., verlangen, daß 1. der in Frankreich arbeitende Ausländer angehalten werde, die Militärdienste zu entrichten, welche den des Militärdienstes entbehrenden Franzosen auferlegt ist; 2. daß die Personen, welche Ausländer beschäftigen, eine Abgabe von 5 Prozent des Tagelohns, den diese erhalten, zu bezahlen haben.

Wien, 12. Januar. Die Meldung, nach der fortan auch die hohen Beamten aus dem Salon de la Paix im Palais Bourbon (der Deputirtenkammer) ausgehollt werden sollten, war nicht richtig. Nach einer Bekanntmachung werden gleich den jetzigen Senatoren und Abgeordneten auch die ehemaligen Abgeordneten, die Präsidenten, Deputirten der Gerichte, Generalprokuratoren, der Vorsitzende des Generalrats des Seine-Departements und derjenige des Pariser Gemeinderaths nach wie vor zugelassen. Für die Journalisten lauten die Vorschriften strenger als bisher, weil jeder einzelne sich als parlamentarischer Berichterstatter auszuweisen hat, während es früher, wenigstens für die Pariser, genügte, sich als Mitarbeiter eines Blattes zu legitimiren. Unter den Gesekenen waren, die gestern zur Vertheilung gelangten, befindet sich einer, der auf die fremden Arbeiter in Frankreich Bezug hat. Die Urheber desselben, Vincard, Gauthier (de Clagny) u. A., verlangen, daß 1. der in Frankreich arbeitende Ausländer angehalten werde, die Militärdienste zu entrichten, welche den des Militärdienstes entbehrenden Franzosen auferlegt ist; 2. daß die Personen, welche Ausländer beschäftigen, eine Abgabe von 5 Prozent des Tagelohns, den diese erhalten, zu bezahlen haben.

Wien, 12. Januar. Die Meldung, nach der fortan auch die hohen Beamten aus dem Salon de la Paix im Palais Bourbon (der Deputirtenkammer) ausgehollt werden sollten, war nicht richtig. Nach einer Bekanntmachung werden gleich den jetzigen Senatoren und Abgeordneten auch die ehemaligen Abgeordneten, die Präsidenten, Deputirten der Gerichte, Generalprokuratoren, der Vorsitzende des Generalrats des Seine-Departements und derjenige des Pariser Gemeinderaths nach wie vor zugelassen. Für die Journalisten lauten die Vorschriften strenger als bisher, weil jeder einzelne sich als parlamentarischer Berichterstatter auszuweisen hat, während es früher, wenigstens für die Pariser, genügte, sich als Mitarbeiter eines Blattes zu legitimiren. Unter den Gesekenen waren, die gestern zur Vertheilung gelangten, befindet sich einer, der auf die fremden Arbeiter in Frankreich Bezug hat. Die Urheber desselben, Vincard, Gauthier (de Clagny) u. A., verlangen, daß 1. der in Frankreich arbeitende Ausländer angehalten werde, die Militärdienste zu entrichten, welche den des Militärdienstes entbehrenden Franzosen auferlegt ist; 2. daß die Personen, welche Ausländer beschäftigen, eine Abgabe von 5 Prozent des Tagelohns, den diese erhalten, zu bezahlen haben.

Wien, 12. Januar. Die Meldung, nach der fortan auch die hohen Beamten aus dem Salon de la Paix im Palais Bourbon (der Deputirtenkammer) ausgehollt werden sollten, war nicht richtig. Nach einer Bekanntmachung werden gleich den jetzigen Senatoren und Abgeordneten auch die ehemaligen Abgeordneten, die Präsidenten, Deputirten der Gerichte, Generalprokuratoren, der Vorsitzende des Generalrats des Seine-Departements und derjenige des Pariser Gemeinderaths nach wie vor zugelassen. Für die Journalisten lauten die Vorschriften strenger als bisher, weil jeder einzelne sich als parlamentarischer Berichterstatter auszuweisen hat, während es früher, wenigstens für die Pariser, genügte, sich als Mitarbeiter eines Blattes zu legitimiren. Unter den Gesekenen waren, die gestern zur Vertheilung gelangten, befindet sich einer, der auf die fremden Arbeiter in Frankreich Bezug hat. Die Urheber desselben, Vincard, Gauthier (de Clagny) u. A., verlangen, daß 1. der in Frankreich arbeitende Ausländer angehalten werde, die Militärdienste zu entrichten, welche den des Militärdienstes entbehrenden Franzosen auferlegt ist; 2. daß die Personen, welche Ausländer beschäftigen, eine Abgabe von 5 Prozent des Tagelohns, den diese erhalten, zu bezahlen haben.

Wien, 12. Januar. Die Meldung, nach der fortan auch die hohen Beamten aus dem Salon de la Paix im Palais Bourbon (der Deputirtenkammer) ausgehollt werden sollten, war nicht richtig. Nach einer Bekanntmachung werden gleich den jetzigen Senatoren und Abgeordneten auch die ehemaligen Abgeordneten, die Präsidenten, Deputirten der Gerichte, Generalprokuratoren, der Vorsitzende des Generalrats des Seine-Departements und derjenige des Pariser Gemeinderaths nach wie vor zugelassen. Für die Journalisten lauten die Vorschriften strenger als bisher, weil jeder einzelne sich als parlamentarischer Berichterstatter auszuweisen hat, während es früher, wenigstens für die Pariser, genügte, sich als Mitarbeiter eines Blattes zu legitimiren. Unter den Gesekenen waren, die gestern zur Vertheilung gelangten, befindet sich einer, der auf die fremden Arbeiter in Frankreich Bezug hat. Die Urheber desselben, Vincard, Gauthier (de Clagny) u. A., verlangen, daß 1. der in Frankreich arbeitende Ausländer angehalten werde, die Militärdienste zu entrichten, welche den des Militärdienstes entbehrenden Franzosen auferlegt ist; 2. daß die Personen, welche Ausländer beschäftigen, eine Abgabe von 5 Prozent des Tagelohns, den diese erhalten, zu bezahlen haben.

Wien, 12. Januar. Die Meldung, nach der fortan auch die hohen Beamten aus dem Salon de la Paix im Palais Bourbon (der Deputirtenkammer) ausgehollt werden sollten, war nicht richtig. Nach einer Bekanntmachung werden gleich den jetzigen Senatoren und Abgeordneten auch die ehemaligen Abgeordneten, die Präsidenten, Deputirten der Gerichte, Generalprokuratoren, der Vorsitzende des Generalrats des Seine-Departements und derjenige des Pariser Gemeinderaths nach wie vor zugelassen. Für die Journalisten lauten die Vorschriften strenger als bisher, weil jeder einzelne sich als parlamentarischer Berichterstatter auszuweisen hat, während es früher, wenigstens für die Pariser, genügte, sich als Mitarbeiter eines Blattes zu legitimiren. Unter den Gesekenen waren, die gestern zur Vertheilung gelangten, befindet sich einer, der auf die fremden Arbeiter in Frankreich Bezug hat. Die Urheber desselben, Vincard, Gauthier (de Clagny) u. A., verlangen, daß 1. der in Frankreich arbeitende Ausländer angehalten werde, die Militärdienste zu entrichten, welche den des Militärdienstes entbehrenden Franzosen auferlegt ist; 2. daß die Personen, welche Ausländer beschäftigen, eine Abgabe von 5 Prozent des Tagelohns, den diese erhalten, zu bezahlen haben.

Wien, 12. Januar. Die Meldung, nach der fortan auch die hohen Beamten aus dem Salon de la Paix im Palais Bourbon (der Deputirtenkammer) ausgehollt werden sollten, war nicht richtig. Nach einer Bekanntmachung werden gleich den jetzigen Senatoren und Abgeordneten auch die ehemaligen Abgeordneten, die Präsidenten, Deputirten der Gerichte, Generalprokuratoren, der Vorsitzende des Generalrats des Seine-Departements und derjenige des Pariser Gemeinderaths nach wie vor zugelassen. Für die Journalisten lauten die Vorschriften strenger als bisher, weil jeder einzelne sich als parlamentarischer Berichterstatter auszuweisen hat, während es früher, wenigstens für die Pariser, genügte, sich als Mitarbeiter eines Blattes zu legitimiren. Unter den Gesekenen waren, die gestern zur Vertheilung gelangten, befindet sich einer, der auf die fremden Arbeiter in Frankreich Bezug hat. Die Urheber desselben, Vincard, Gauthier (de Clagny) u. A., verlangen, daß 1. der in Frankreich arbeitende Ausländer angehalten werde, die Militärdienste zu entrichten, welche den des Militärdienstes entbehrenden Franzosen auferlegt ist; 2. daß die Personen, welche Ausländer beschäftigen, eine Abgabe von 5 Prozent des Tagelohns, den diese erhalten, zu bezahlen haben.

Wien, 12. Januar. Die Meldung, nach der fortan auch die hohen Beamten aus dem Salon de la Paix im Palais Bourbon (der Deputirtenkammer) ausgehollt werden sollten, war nicht richtig. Nach einer Bekanntmachung werden gleich den jetzigen Senatoren und Abgeordneten auch die ehemaligen Abgeordneten, die Präsidenten, Deputirten der Gerichte, Generalprokuratoren, der Vorsitzende des Generalrats des Seine-Departements und derjenige des Pariser Gemeinderaths nach wie vor zugelassen. Für die Journalisten lauten die Vorschriften strenger als bisher, weil jeder einzelne sich als parlamentarischer Berichterstatter auszuweisen hat, während es früher, wenigstens für die Pariser, genügte, sich als Mitarbeiter eines Blattes zu legitimiren. Unter den Gesekenen waren, die gestern zur Vertheilung gelangten, befindet sich einer, der auf die fremden Arbeiter in Frankreich Bezug hat. Die Urheber desselben, Vincard, Gauthier (de Clagny) u. A., verlangen, daß 1. der in Frankreich arbeitende Ausländer angehalten werde, die Militärdienste zu entrichten, welche den des Militärdienstes entbehrenden Franzosen auferlegt ist; 2. daß die Personen, welche Ausländer beschäftigen, eine Abgabe von 5 Prozent des Tagelohns, den diese erhalten, zu bezahlen haben.

Wien, 12. Januar. Die Meldung, nach der fortan auch die hohen Beamten aus dem Salon de la Paix im Palais Bourbon (der Deputirtenkammer) ausgehollt werden sollten, war nicht richtig. Nach einer Bekanntmachung werden gleich den jetzigen Senatoren und Abgeordneten auch die ehemaligen Abgeordneten, die Präsidenten, Deputirten der Gerichte, Generalprokuratoren, der Vorsitzende des Generalrats des Seine-Departements und derjenige des Pariser Gemeinderaths nach wie vor zugelassen. Für die Journalisten lauten die Vorschriften strenger als bisher, weil jeder einzelne sich als parlamentarischer Berichterstatter auszuweisen hat, während es früher, wenigstens für die Pariser, genügte, sich als Mitarbeiter eines Blattes zu legitimiren. Unter den Gesekenen waren, die gestern zur Vertheilung gelangten, befindet sich einer, der auf die fremden Arbeiter in Frankreich Bezug hat. Die Urheber desselben, Vincard, Gauthier (de Clagny) u. A., verlangen, daß 1. der in Frankreich arbeitende Ausländer angehalten werde, die Militärdienste zu entrichten, welche den des Militärdienstes entbehrenden Franzosen auferlegt ist; 2. daß die Personen, welche Ausländer beschäftigen, eine Abgabe von 5 Prozent des Tagelohns, den diese erhalten, zu bezahlen haben.

Wien, 12. Januar. Die Meldung, nach der fortan auch die hohen Beamten aus dem Salon de la Paix im Palais Bourbon (der Deputirtenkammer) ausgehollt werden sollten, war nicht richtig. Nach einer Bekanntmachung werden gleich den jetzigen Senatoren und Abgeordneten auch die ehemaligen Abgeordneten, die Präsidenten, Deputirten der Gerichte, Generalprokuratoren, der Vorsitzende des Generalrats des Seine-Departements und derjenige des Pariser Gemeinderaths nach wie vor zugelassen. Für die Journalisten lauten die Vorschriften strenger als bisher, weil jeder einzelne sich als parlamentarischer Berichterstatter auszuweisen hat, während es früher, wenigstens für die Pariser, genügte, sich als Mitarbeiter eines Blattes zu legitimiren. Unter den Gesekenen waren, die gestern zur Vertheilung gelangten, befindet sich einer, der auf die fremden Arbeiter in Frankreich Bezug hat. Die Urheber desselben, Vincard, Gauthier (de Clagny) u. A., verlangen, daß 1. der in Frankreich arbeitende Ausländer angehalten werde, die Militärdienste zu entrichten, welche den des Militärdienstes entbehrenden Franzosen auferlegt ist; 2. daß die Personen, welche Ausländer beschäftigen, eine Abgabe von 5 Prozent des Tagelohns, den diese erhalten, zu bezahlen haben.

Wien, 12. Januar. Die Meldung, nach der fortan auch die hohen Beamten aus dem Salon de la Paix im Palais Bourbon (der Deputirtenkammer) ausgehollt werden sollten, war nicht richtig. Nach einer Bekanntmachung werden gleich den jetzigen Senatoren und Abgeordneten auch die ehemaligen Abgeordneten, die Präsidenten, Deputirten der Gerichte, Generalprokuratoren, der Vorsitzende des Generalrats des Seine-Departements und derjenige des Pariser Gemeinderaths nach wie vor zugelassen. Für die Journalisten lauten die Vorschriften strenger als bisher, weil jeder einzelne sich als parlamentarischer Berichterstatter auszuweisen hat, während es früher, wenigstens für die Pariser, genügte, sich als Mitarbeiter eines Blattes zu legitimiren. Unter den Gesekenen waren, die gestern zur Vertheilung gelangten, befindet sich einer, der auf die fremden Arbeiter in Frankreich Bezug hat. Die Urheber desselben, Vincard, Gauthier (de Clagny) u. A., verlangen, daß 1. der in Frankreich arbeitende Ausländer angehalten werde, die Militärdienste zu entrichten, welche den des Militärdienstes entbehrenden Franzosen auferlegt ist; 2. daß die Personen, welche Ausländer beschäftigen, eine Abgabe von 5 Prozent des Tagelohns, den diese erhalten, zu bezahlen haben.

Wien, 12. Januar. Die Meldung, nach der fortan auch die hohen Beamten aus dem Salon de la Paix im Palais Bourbon (der Deputirtenkammer) ausgehollt werden sollten, war nicht richtig. Nach einer Bekanntmachung werden gleich den jetzigen Senatoren und Abgeordneten auch die ehemaligen Abgeordneten, die Präsidenten, Deputirten der Gerichte, Generalprokuratoren, der Vorsitzende des Generalrats des Seine-Departements und derjenige des Pariser Gemeinderaths nach wie vor zugelassen. Für die Journalisten lauten die Vorschriften strenger als bisher, weil jeder einzelne sich als parlamentarischer Berichterstatter auszuweisen hat, während es früher, wenigstens für die Pariser, genügte, sich als Mitarbeiter eines Blattes zu legitimiren. Unter den Gesekenen waren, die gestern zur Vertheilung gelangten, befindet sich einer, der auf die fremden Arbeiter in Frankreich Bezug hat. Die Urheber desselben, Vincard, Gauthier (de Clagny) u. A., verlangen, daß 1. der in Frankreich arbeitende Ausländer angehalten werde, die Militärdienste zu entrichten, welche den des Militärdienstes entbehrenden Franzosen auferlegt ist; 2. daß die Personen, welche Ausländer beschäftigen, eine Abgabe von 5 Prozent des Tagelohns, den diese erhalten, zu bezahlen haben.

Wien, 12. Januar. Die Meldung, nach der fortan auch die hohen Beamten aus dem Salon de la Paix im Palais Bourbon (der Deputirtenkammer) ausgehollt werden sollten, war nicht richtig. Nach einer Bekanntmachung werden gleich den jetzigen Senatoren und Abgeordneten auch die ehemaligen Abgeordneten, die Präsidenten, Deputirten der Gerichte, Generalprokuratoren, der Vorsitzende des Generalrats des Seine-Departements und derjenige des Pariser Gemeinderaths nach wie vor zugelassen. Für die Journalisten lauten die Vorschriften strenger als bisher, weil jeder einzelne sich als parlamentarischer Berichterstatter auszuweisen hat, während es früher, wenigstens für die Pariser, genügte, sich als Mitarbeiter eines Blattes zu legitimiren. Unter den Gesekenen waren, die gestern zur Vertheilung gelangten, befindet sich einer, der auf die fremden Arbeiter in Frankreich Bezug hat. Die Urheber desselben, Vincard, Gauthier (de Clagny) u. A., verlangen, daß 1. der in Frankreich arbeitende Ausländer angehalten werde, die Militärdienste zu entrichten, welche den des Militärdienstes entbehrenden Franzosen auferlegt ist; 2. daß die Personen, welche Ausländer beschäftigen, eine Abgabe von 5 Prozent des Tagelohns, den diese erhalten, zu bezahlen haben.

Wien, 12. Januar. Die Meldung, nach der fortan auch die hohen Beamten aus dem Salon de la Paix im Palais Bourbon (der Deputirtenkammer) ausgehollt werden sollten, war nicht richtig. Nach einer Bekanntmachung werden gleich den jetzigen Senatoren und Abgeordneten auch die ehemaligen Abgeordneten, die Präsidenten, Deputirten der Gerichte, Generalprokuratoren, der Vorsitzende des Generalrats des Seine-Departements und derjenige des Pariser Gemeinderaths nach wie vor zugelassen. Für die Journalisten lauten die Vorschriften strenger als bisher, weil jeder einzelne sich als parlamentarischer Berichterstatter auszuweisen hat, während es früher, wenigstens für die Pariser, genügte, sich als Mitarbeiter eines Blattes zu legitimiren. Unter den Gesekenen waren, die gestern zur Vertheilung gelangten, befindet sich einer, der auf die fremden Arbeiter in Frankreich Bezug hat. Die Urheber desselben, Vincard, Gauthier (de Clagny) u. A., verlangen, daß 1. der in Frankreich arbeitende Ausländer angehalten werde, die Militärdienste zu entrichten, welche den des Militärdienstes entbehrenden Franzosen auferlegt ist; 2. daß die Personen, welche Ausländer beschäftigen, eine Abgabe von 5 Prozent des Tagelohns, den diese erhalten, zu bezahlen haben.

Wien, 12. Januar. Die Meldung, nach der fortan auch die hohen Beamten aus dem Salon de la Paix im Palais Bourbon (der Deputirtenkammer) ausgehollt werden sollten, war nicht richtig. Nach einer Bekanntmachung werden gleich den jetzigen Senatoren und Abgeordneten auch die ehemaligen Abgeordneten, die Präsidenten, Deputirten der Gerichte, Generalprokuratoren, der Vorsitzende des Generalrats des Seine-Departements und derjenige des Pariser Gemeinderaths nach wie vor zugelassen. Für die Journalisten lauten die Vorschriften strenger als bisher, weil jeder einzelne sich als parlamentarischer Berichterstatter auszuweisen hat, während es früher, wenigstens für die Pariser, genügte, sich als Mitarbeiter eines Blattes zu legitimiren. Unter den Gesekenen waren, die gestern zur Vertheilung gelangten, befindet sich einer, der auf die fremden Arbeiter in Frankreich Bezug hat. Die Urheber desselben, Vincard, Gauthier (de Clagny) u. A., verlangen, daß 1. der in Frankreich arbeitende Ausländer angehalten werde, die Militärdienste zu entrichten, welche den des Militärdienstes entbehrenden Franzosen auferlegt ist; 2. daß die Personen, welche Ausländer beschäftigen, eine Abgabe von 5 Prozent des Tagelohns, den diese erhalten, zu bezahlen haben.

Wien, 12. Januar. Die Meldung, nach der fortan auch die hohen Beamten aus dem Salon de la Paix im Palais Bourbon (der Deputirtenkammer) ausgehollt werden sollten, war nicht richtig. Nach einer Bekanntmachung werden gleich den jetzigen Senatoren und Abgeordneten auch die ehemaligen Abgeordneten, die Präsidenten, Deputirten der Gerichte, Generalprokuratoren, der Vorsitzende des Generalrats des Seine-Departements und derjenige des Pariser Gemeinderaths nach wie vor zugelassen. Für die Journalisten lauten die Vorschriften strenger als bisher, weil jeder einzelne sich als parlamentarischer Berichterstatter auszuweisen hat, während es früher, wenigstens für die Pariser, genügte, sich als Mitarbeiter eines Blattes zu legitimiren. Unter den Gesekenen waren, die gestern zur Vertheilung gelangten, befindet sich einer, der auf die fremden Arbeiter in Frankreich Bezug hat. Die Urheber desselben, Vincard, Gauthier (de Clagny) u. A., verlangen, daß 1. der in Frankreich arbeitende Ausländer angehalten werde, die Militärdienste zu entrichten, welche den des Militärdienstes entbehrenden Franzosen auferlegt ist; 2. daß die Personen, welche Ausländer beschäftigen, eine Abgabe von 5 Prozent des Tagelohns, den diese erhalten, zu bezahlen haben.

Wien, 12. Januar. Die Meldung, nach der fortan auch die hohen Beamten aus dem Salon de la Paix im Palais Bourbon (der Deputirtenkammer) ausgehollt werden sollten, war nicht richtig. Nach einer Bekanntmachung werden gleich den jetzigen Senatoren und Abgeordneten auch die ehemaligen Abgeordneten, die Präsidenten, Deputirten der Gerichte, Generalprokuratoren, der Vorsitzende des Generalrats des Seine-Departements und derjenige des Pariser Gemeinderaths nach wie vor zugelassen. Für die Journalisten lauten die Vorschriften strenger als bisher, weil jeder einzelne sich als parlamentarischer Berichterstatter auszuweisen hat, während es früher, wenigstens für die Pariser, genügte, sich als Mitarbeiter eines Blattes zu legitimiren. Unter den Gesekenen waren, die gestern zur Vertheilung gelangten, befindet sich einer, der auf die fremden Arbeiter in Frankreich Bezug hat. Die Urheber desselben, Vincard, Gauthier (de Clagny) u. A., verlangen, daß 1. der in Frankreich arbeitende Ausländer angehalten werde, die Militärdienste zu entrichten, welche den des Militärdienstes entbehrenden Franzosen auferlegt ist; 2. daß die Personen, welche Ausländer beschäftigen, eine Abgabe von 5 Prozent des Tagelohns, den diese erhalten, zu bezahlen haben.

Argentinien und Russland, nicht einmal diejenige Griechenlands können unseren französischen Weinen in England und in der Schweiz Konkurrenz machen. Was die Konkurrenz der italienischen und spanischen Weine betrifft, so war sie im Jahre 1891 so gut da wie im Jahre 1893. Zerlegt man aber die Zahlen unserer Weinausfuhr nach Ländern, so finden wir in England, den Vereinigten Staaten, der Schweiz eine Abnahme. Die Vereinigten Staaten führten im Jahre 1893 7000 Hektoliter weniger ein als im Jahre 1891; die Ausfuhr nach der Schweiz ist von 529 477 auf 348 865, also um 180 612 Hektoliter zurückgegangen. Daran kann doch unmöglich die Ausdehnung der Weinberge in der Schweiz schuld sein. Das Gleiche gilt für Belgien und die Niederlande, die in den ersten 11 Monaten 1893 trotz der billigen Weinpreise für 53 Millionen weniger Wein aus Frankreich bezogen als 1891. Dafür sind allein Herr Melius und seine Freunde verantwortlich. Ihre guten Absichten ändern nichts an der oben erwähnten Thatsache; ihre Wirtschaftspolitik ist die Kunst, Abzugsgebiete zu verschleiern.“

Paris, 12. Januar. Der Inhaber der Tabakbureau wurde von der Postbehörde eine Liste der revolutionären und anarchischen Blätter und Zeitschriften zugesandt, deren Verkauf auf das strengste untersagt ist.

Italien. Rom, 12. Januar. In den nächsten Tagen erscheint ein neues päpstliches Organ in französischer Sprache und zwar unter der Leitung des Monsignore Boellin, eines Emissärs.

Rom, 12. Januar. 21 Abgeordnete der äußersten Linken beschloßen gestern, ein Manifest an das Land zu erlassen und die Aufmerksamkeit des Präsidiums der Kammer auf die Verhaftung des Deputirten Desiole-Giuffrida zu lenken, um die parlamentarische Privilegie zu schützen.

Spanien und Portugal. Madrid, 12. Januar. Nach Meldungen aus Melilla wird daselbst die Ernennung Ali el Rabios zum Pascha des Territoriums von Melilla lebhaft besprochen. Ali el Rabio ist Spanien feindlich gesinnt, und Martinez Campos hatte ihn als Geisels verlangt.

Madrid, 12. Januar. Die Morgenblätter veröffentlichen ein Manifest Jorillas, in welchem dieser dem Papste und der spanischen Geistlichkeit huldigt und der Armee die Hand bietet. Die „Epoca“ bespricht Jorilla, daß er an einen Gewaltstreich mit Hilfe militärischer Elemente denke.

Lissabon, 12. Januar. Der König hat das Dekret unterzeichnet, durch welches das Abkommen zwischen der königlich portugiesischen Eisenbahngesellschaft und deren Gläubigern in dem den Staat angehenden Theil gültig wird.

Amerika. Rio de Janeiro, 12. Januar. An Bord des „Tormenado“ explodirte eine Bombe, fünf Personen wurden getödtet.

Eine zweite Explosion fand auf dem Fort Villegaignon statt, bei welcher 15 Personen das Leben eingebüßt haben.

Stettiner Nachrichten. Stettin, 13. Januar. Vor der dritten Strafkammer des hiesigen Landgerichts hatte sich gestern der Maurer Franz Schlichter aus Pommernsberg wegen fahrlässiger Körperverletzung zu verantworten. Der Angeklagte hatte im Sommer vorigen Jahres für einen Neubau des Eigenthümers Braug in Jützhof die Ausführung der Maurerarbeiten übernommen. Dort kam am 27. Juli der mit dem Abfallen von Gips beschäftigte Arbeiter Gauder dadurch zu Schaden, daß ein Gewölbe, welches er überschreiten mußte, einbrach. Er fiel in den Keller hinab, wobei er eine Verletzung der Knöchelbeine davontrug, die ihn für zehn Wochen arbeitsunfähig machte. Gegenüber der Beschuldigung, diesen Unfall durch Nachlässigkeit veranlaßt zu haben, führte der Angeklagte aus, er habe das Gewölbe vorschriftsmäßig angelegt, die unter demselben angebrachten Stielen samt Bogen und Verschallung wären jedoch von Unternehmern zu früh entfernt worden. Hierdurch sei die Widerstandsfähigkeit des in sich noch nicht fertiggestellten Mauerverks aufgehoben und der Einsturz mittelbar veranlaßt worden. Das Gericht schloß sich auf Grund der abgegebenen Gutachten gegen Auffassung an und erkannte dem Antrage gemäß auf Freisprechung.

Der Förster Hans Gaede zu Forsthaus Jangel im Kreise Ueckemünde ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Dem Kaiserlich-Kontrollleur, Steuerinspektor Magnino in Stolz ist der Charakter als Rechnungs-Rath verliehen.

* Das hiesige Schwurgericht verhandelte gestern unter Ausschuß der Öffentlichkeit eine Angelegenheit wegen Meineides und wurde die Beschuldigte, Ehefrau Auguste Belowies, freigesprochen. Von hier, zu 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurtheilt, auch wurde ihr die Fähigkeit, als Zeugin vernommen zu werden, dauernd aberkannt. Der in dieser Angelegenheit als Zeuge vernommene Arbeiter Johannes Kessler wurde, als des Meineides dringend verdächtig, sofort in Haft genommen.

— Verein für Handlungs-Kommis von 1858 in Hamburg. Die Zahl der Angehörigen dieses kaufmännischen Vereins beträgt, nach Abzug aller durch Ausmeidung u. s. w. erforderlichen Streichungen, z. B. etwa 43 000, darunter über 5000 etablierte Mitglieder. Im Jahre 1893 traten 10 298 neue Mitglieder und Verträge bei, gegen 9934 in 1892. Durch die für Mitglieder und Auftraggeber völlig kostenfreie Vermittlung, die sich auf kaufmännische Stellen jeder Art und Branche erstreckt, wurde am 11. November d. J. die 46 000ste Stelle seit seinem Bestehen besetzt. Im Jahre 1893 allein wurden 4119 Bewerber platziert, gegen 3754 in 1892. Etwa die Hälfte der Engagierten fand außerhalb Hamburgs Stellung, und zwar im Inlande, im Auslande und über See. Außer seiner kostenfreien Stellen-Vermittlung bietet der Verein u. A. den Beitritt zu seiner Pensions-Kasse (Anwalts-, Wirtens-, Alters- und Waisen-Versicherung) mit voller Freiwilligkeit; den Beitritt zu seiner Kranken- und Begräbnis-Kasse, e. H., mit Freiwilligkeit innerhalb des deutschen Reiches; das Wirken seiner Untersuchungs-Kommission, die namentlich bei Stellenlosigkeit eintritt; einen freundschaftlichen, vertrauenswerthen Anhalt fast an jedem in Betracht kommenden Orte durch die Vereinbarungen mit anderen kaufmännischen Vereinen und durch die Bezirks-Vereine, sowie durch seine über die meisten Handelsplätze der Welt vertheilten Mitglieder.

— Der Kaiserlich-Sekretär E. u. d. in Hamburg i. P. ist zum Steuer-Inspektor ernannt worden.

Vertheilung der Nachrichten. Chicago, 9. Januar. Der Brand, der am Montag Abend in kurzer Zeit das Kasinogebäude der Welt-Ausstellung einäscherte, verbreitete sich rasch nach dem Peristyl und der Musikhalle, die ebenfalls völlig niederbrannten. Darauf folgten große Gebäude für die freien Künste, worin sich noch große Mengen von Ausstellungsgegenständen befanden. Feuer. Bald brannte es an zwölf verschiedenen Stellen. Leider war nicht genug Wasser zum Löschen da und der starke Wind trug auch viel dazu bei, die Gefahr zu erhöhen. Eine ungeheure Menschenmenge schaute der Feuerbrunst zu und hinderte die Versuchungen nicht wenig. Es herrschte die äußerste Verwirrung. Die Menge folgte der Feuerwehr mit den Spritzen in die brennenden Gebäude. Die Polizei war ohnmächtig. Während die Feuerwehr mit dem Löschen beschäftigt war, entpinn sich eine frische, fröhliche Schlägerei zwischen Polizei und Volk. Die Polizei beschuldigt mit Recht, daß die gefährlichen Elemente, die sich während der Ausstellung in Chicago zusammengefinden haben, die Gelegenheit zur allgemeinen Plünderung ergreifen möchten. Am Mittwoch begann die Feuerwehr der Flammen Herr zu werden. Ein Feuerwehmann hat sein Leben bei dem Brande verloren. Zwei wurden verwundet. Die meisten im Gebäude für freie Künste verbrannten Ausstellungsgegenstände sind auslandische und zwar vielfach französische. Wahrscheinlich ist übrigens der durch Wasser angerichtete Schaden größer als der eigentliche Brandschaden. Der Schaden in dem Gebäude für freie Künste wird auf 100 000 Dollar geschätzt. Was das Kasino, den Peristyl und die Musikhalle betrifft, so ist der Verlust gering, da deren Niederbrechung vielmehr noch ziemlich Unkosten verursacht hätte.

Bankwesen. Paris, 11. Januar. Bankausweis. Baarvorrath in Gold Franks 1 696 607 000, Abnahme 1 868 000. Baarvorrath in Silber Franks 1 256 487 000, Abnahme 2 747 000. Portefeuille der Hauptbanken und deren Filialen Franks 702 664 000, Zunahme 21 736 000. Notenumlauf Franks 3 591 069 000, Abnahme 20 958 000. Laufende Rechnung d. Priv. Franks 379 394 000, Abnahme 14 593 000. Guthaben des Staatskassas Franks 125 172 000, Zunahme 4 166 000. Gesamt-Vorschüsse Franks 308 142 000, Abnahme 7 936 000. Zins- und Diskont-Erträge Franks 1 567 000, Zunahme 723 000. Verhältniß des Baarvorraths zum Notenumlauf 82,23 Prozent.

Börsen-Berichte. Wien, 12. Januar. Spiritus loco ohne Faß 50er 49,50, do. 70er 30,50. Niedriger. — Weiter: Schön, fest.

Magdeburg, 12. Januar. Zuckerbericht. Kornzucker exkl. von 92 Prozent —, neue 13,25. Kornzucker exkl. 88 Prozent Rendement 12,15, neue 12,65. Nachprodukte exkl. 75 Prozent Rendement 10,00. Schwach. — Vrob-Raffinade I. —, Vrob-Raffinade II. —, Gemahlene Raffinade mit Faß 26,25. —, Gemahlene Melis I. mit Faß —, Watt. —, Rohzucker I. Produkt Transito f. a. B. Hamburg per Januar 12,35 bez., 12,37 1/2 B., per Februar 12,37 1/2 B., 12,42 1/2 B., per März 12,42 1/2 B., 12,45 B., per April 12,47 1/2 B., 12,50 B. — Still.

Wochenumsatz im Rohzucker-Geschäft 197 000 Zentner.

Hamburg, 12. Januar. Vormittags 11 Uhr Kaffee. (Vormittagsbericht.) Good average Santos per Januar 83,50, per März 83,00.

Eisenbahn-Staats-Aktien. Ost-Pr.-Stb. 4% 41,75, Ost-Pr.-Stb. 4% 40,75, Ost-Pr.-Stb. 4% 39,75, Ost-Pr.-Stb. 4% 38,75, Ost-Pr.-Stb. 4% 37,75, Ost-Pr.-Stb. 4% 36,75, Ost-Pr.-Stb. 4% 35,75, Ost-Pr.-Stb. 4% 34,75, Ost-Pr.-Stb. 4% 33,75, Ost-Pr.-Stb. 4% 32,75, Ost-Pr.-Stb. 4% 31,75, Ost-Pr.-Stb. 4% 30,75, Ost-Pr.-Stb. 4% 29,75, Ost-Pr.-Stb. 4% 28,75, Ost-Pr.-Stb. 4% 27,75, Ost-Pr.-Stb. 4% 26,75, Ost-Pr.-Stb. 4% 25,75, Ost-Pr.-Stb. 4% 24,75, Ost-Pr.-Stb. 4% 23,75, Ost-Pr.-Stb. 4% 22,75, Ost-Pr.-Stb. 4% 21,75, Ost-Pr.-Stb. 4% 20,75, Ost-Pr.-Stb. 4% 19,75

Roman aus dem Goldthale Siebenbürgens von
 E. von Wald-Zedtwitz.

„Nun, so schießen Sie doch einmal mit diesen
Neuzeitgen los“, plakte Dedon los.
„Da kommt Feuerstein selbst!“, rief er plötzlich.
„Grüß Sie Gott, Stuhlrichter!“
Feuersteins kleiner Wagen rasselte eben über die
Brücke und Graf Palantyn ging ihm einige Schritte
entgegen.

Erhard Feuerstein stieg, ohne sich auch nur im geringsten zu beeilen, aus dem Wagen, gab dem Kutscher seine Befehle, schritt dann langsam zum Garen, ließ noch mehr Wein bringen und setzte sich mit an den Tisch.

Nun braunte er gemüthlich seine Pfeife an und theilte dann seinem Gaste erst mit, daß er die

„Die Sache ist sehr gut, sehr gut!“ sagte Debbön jetzt.

Feuerstein reichte ihm ein Pack mit Papieren, welche er seiner Brusttasche entnahm. Dedon überflog dieselben mit heißigem Nicken, womit freilich der Ausdruck seines Gesichtes, wie Baumbach und der Stuhlrichter gleichzeitig bemerkten, nicht recht über instimmen wollte. Daß, was Palamini las, schien seinen Betfall

„Baumbach, auf die Antwort des Stubrichters gespannt, sah diesen prüfend an und staunte, mit welcher fönischen Selbstverständlichkeit und wüthendem Selbstbewußtsein Graf Palanyi gesprochen hatte. Ferner in hatte ihm ruhig zugehört und zeigte

Vertriebs'onds groß genug. Zu viel Geld, welches verzinst werden muß und bleichner da liegt, ohne zu arbeiten, ist nur eine Last für das Geschick.
Dedön stieg die Röthe in das Gesicht. "Wie Sie wollen, willkürlich kommen Sie selbst noch einmal und bitten mich darum. Es konnte aber sein, daß Sie mich dann nicht zu Hause trafen."

„Hab! Im Aerger? Wer ist ärgerlich, ich etwa?
Fehlgeschossen!“
„Das soll mir lieb sein, Herr Graf.“
„Hab' die Ehre! Servus, Servus!“ damit be-
stieg Oeden den Helsen, während er im Albreiten
eine Kuffhand zu dem Fenster warf, an dem
Thadea stand und ihre Blumen besah, der Stuhl-

von ihrer Stube aus, unter deren Fenster es ge-
flüstert worden war, mit angehört. Unwillkürlich
athmete sie heftiger und sie fühlte, wie ihr Herz in
beschleunigter Schlägen schlug.
„Die Sache ist abgeschlossen — und — er —
bleibt“, flüsterte sie und hob den Blick nach oben.
Das Ganze war ihr nur wie ein Traum, aber

gemacht", sagte der Stuhlrichter.
 "Das scheint mir so", entgegnete Baumbach.
 "Wir wollen ihn nicht führen, aber auf unserer
 Hut sein, denn er ist ein Fuchs, dem man nicht
 trauen kann; aber kommen Sie, Thalea wird mit
 dem Abendessen auf uns warten."

Lehterer setzte eben das Goullasch — Fleisch und

muß, Thalea, denn Sie sind plötzlich in meinen Augen zur Helbin geworden. Zur Helbin unserer guten deutschen Sache, welche Sie mit so edler Begeisterung dem Ungar gegenüber vertraten.“

(Fortsetzung folgt.)

Neues Programm! 32 Artisten i. Manges!
Heute Sonnabend nach der Vorstellung:
Der Venus-Tanz-Kränzchen.